

18. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion der CDU

Fehlentwicklungen an der Polizeiakademie korrigieren

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die anonyme Kritik an zunehmenden Disziplinlosigkeiten innerhalb der Polizeiakademie aus den Reihen der Berliner Polizei ernst zu nehmen, umfassend prüfen zu lassen und die Missstände abzustellen,
2. den Lehrkräften an der Polizeiakademie den Rücken zu stärken, damit Disziplinlosigkeiten aufseiten einzelner Polizeischüler konsequent geahndet werden können,
3. die Reform der Polizeiausbildung dahingehend zu korrigieren, dass jede Schulklasse nicht nur wechselnde Fachlehrer hat, sondern fest zuständige Ausbildungspolizisten, die die jungen Polizeianwärter durch ihre gesamte Ausbildung führen, Fehlentwicklungen frühzeitig erkennen und die Disziplin aufrechterhalten können,
4. das Vertrauen der Polizistinnen und Polizisten in die Kritikfähigkeit der politischen Leitung sowie der Behördenleitung wiederherzustellen, indem glaubhaft sichergestellt wird, dass offene Kritik auf dem Dienstwege erwünscht und karriereförderlich ist und keine disziplinarrechtlichen oder sonst nachteiligen Folgen hat,
5. die Einstellungspraxis der Berliner Polizei daraufhin zu überprüfen, ob sie geeignet ist, Bewerber mit Nähe zu Einrichtungen oder Personen der organisierten Kriminalität zu erkennen und abzulehnen,

und umgehend einen unabhängigen, weisungsfreien, erfahrenen Sonderermittler zu bestellen, der mit der umfassenden Prüfung und Erarbeitung von Vorschlägen zu den vorstehenden Punkten beauftragt wird, zur Erfüllung seines Auftrages Zugang zu allen

Akten erhält und vertraulich alle Beteiligten befragen kann und dem Abgeordnetenhaus von Berlin direkt berichtet.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 15. Januar 2018 zu berichten.

Begründung:

In der Sondersitzung des Innenausschusses am 08. November 2017 haben Senat und Polizeiführung die Chance ungenutzt gelassen, konsequent zur umfassenden Aufklärung beizutragen. Das Klein- und Wegreden der geäußerten Kritik ist weder sachgerecht noch lösungsorientiert. Auch ist das Zeitspiel unerträglich, erst Mitte Dezember einen Bericht vorlegen zu wollen. Ein weisungsfreier und unabhängiger Sonderermittler ist sofort einzusetzen.

Die Berichterstattung zu den Verhältnissen an der Polizeiakademie beschädigt das Vertrauen der Bürger in unsere Polizei und den inneren Zusammenhalt unserer Polizei.

Ziel der Polizeiausbildung muss es sein, aus jungen Polizeianwärtern gereifte, qualifizierte und motivierte Polizeibeamte mit uneingeschränkter Loyalität zu unserem demokratischen Staat zu machen. Dazu gehören Führung, Orientierung und Disziplin. Die jüngst über die Medien bekannt gewordenen Vorfälle an der Polizeiakademie begründen Zweifel, dass eine diesen Anforderungen gerecht werdende Polizeiausbildung an der Polizeiakademie derzeit durchgängig möglich ist.

Daher kommt es jetzt darauf an, dass die anonym geäußerte Kritik nicht marginalisiert und heruntergespielt wird, sondern dass sie ernst genommen und überprüft wird. Am besten kann diese Überprüfung ein Sonderermittler leisten, der bisher unbeteiligt gewesen ist und deshalb die bislang nur anonym geäußerte Kritik unvoreingenommen und objektiv prüfen kann und dem ein entsprechendes Vertrauen entgegengebracht werden kann, weil er für die Verhältnisse an der Polizeiakademie keine Verantwortung trägt. Dieser soll direkt dem Parlament berichten.

Es bedarf einer Fehlerkultur in der Polizei, in der sachliche und konstruktive Kritik erwünscht und nicht unterdrückt und als Angriff auf die Autorität der politischen Führung oder der Polizeiführung missverstanden wird. Die Verantwortlichen sollten sich fragen, warum derzeit keine offene Kritik gewagt wird.

Die Polizeiakademie ist keine Berufsschule. Sie muss den jungen Polizeischülern klare Führung und Orientierung bieten. Das kann nicht gelingen, wenn sie auf sich alleine gestellt sind. Sie brauchen als feste Bezugspunkte Ausbilder, die sie durch die gesamte Ausbildung führen.

Disziplin und Respekt sind im Polizeiberuf weit wichtiger als in vielen anderen Berufen. Wer Respekt einfordert, muss ihn auch anderen entgegenbringen. Persönliche soziale und kulturelle Befindlichkeiten müssen zurücktreten hinter der Neutralität des Staates, dessen Repräsentant sie werden wollen. Ausbildungsinhalte wie politische Bildung und Deutsch dürfen nicht zu Randfächern verkümmern.

Völlig inakzeptabel ist es, wenn Personen mit einer Nähe zu Einrichtungen oder Personen der organisierten Kriminalität in die Polizeiakademie aufgenommen werden. Das ist mit allen Mitteln zu verhindern. Auch der durch die bevorstehende Pensionierungswelle bestehende große Bedarf an Nachwuchskräften rechtfertigt dies nicht.

Berlin, 10. November 2017

Graf Melzer Rissmann Dregger Trapp Penn
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU